

Lehren aus dem Kampf um AEG

„Kämpfen lohnt sich“, das hat der Streik der AEG-Kolleginnen und Kollegen erneut bewiesen. Ohne ihren Arbeitskampf würden sie heute noch viel schlechter da stehen. Allerdings konnten das Werk und die Arbeitsplätze trotz wochenlangem Streik, trotz überwältigender Solidarität letztendlich nicht verteidigt werden.

War wirklich nicht mehr drin? Gab es die Chance, sich mit der Forderung nach Erhalt der Arbeitsplätze durchzusetzen? Was hätte man dazu anders machen müssen? Wir meinen, ja, diese Chance gab es und es gibt sie auch im Falle anderer geplanter Werkschließungen.

Der Druck auf die Unternehmenseite konnte noch viel größer gemacht werden. Genau genommen gibt es zwei Arten von Druck: wirtschaftlichen und politischen.

Der Streik war das richtige Mittel. Aber erstens muss man den Streik so früh wie möglich beginnen. Viele Kolleginnen bei AEG waren der Meinung, dass man zu lange gezögert habe, bevor die Arbeit niedergelegt wurde. Sobald die Konzernführung sich entschlossen hat das Werk zu schließen, gewinnt sie mit jedem Tag, an dem die Produktion normal weiter läuft, Zeit. Zeit, die sie benutzen kann, um die Anlagen am neuen Produktionsstandort aufzubauen und Zeit, die sie ausnutzt, um auf Vorrat zu produzieren und sich so für einen Streik zu wappnen.

Wenn der Streik begonnen hat, muss man sich vergewissern, ob er auch Wirkung zeigt. Bei AEG hieß es immer, demnächst stehe die Produktion wegen fehlender Komponenten aus Nürnberg auch an anderen Standorten still. Aber selbst nach fünf Wochen wusste niemand genau, ob das überhaupt stimmt.

Das Naheliegendste wäre doch gewesen, direkte Kontakte zu den Kollegen in den anderen Standorten aufzubauen, gerade wenn es Produktions-



Streikposten bei AEG Nürnberg

stätten im Ausland sind. Wenn mit jedem Tag Streik der wirtschaftliche Schaden für die Unternehmenseite immer größer wird, braucht man sich auf keine faulen Kompromisse einzulassen. Wenn der Konzern den Streik mehr oder weniger erfolgreich unterlaufen kann, muss man sich überlegen, wie man ihn ausweiten kann.

Im Fall von AEG wäre es möglich gewesen, den Streik auszuweiten, indem man ihn mit der Tarifrunde in der Metallindustrie verbunden hätte. Seit dem 1. März gibt es Streiks in der baden-württembergischen Metallindustrie, Ende März endet die Friedenspflicht auch in allen anderen Bezirken. Den streikenden AEGlern und den vielen tausend Kolleginnen und Kollegen, die sie aus Betrieben aus dem ganzen Bundesgebiet besucht haben, war klar: Dieser Streik ist nicht nur ein Kampf für den Erhalt der 1750 Arbeitsplätze in

Nürnberg. Bei diesem Kampf geht es auch darum, ob die Unternehmerwillkür ungebrochen weitergeht, ob weiter Konzerne den Beschäftigten die Existenzgrundlage rauben können, ob Firmenvorstände selbstherrlich über das Schicksal von Menschen entscheiden können, wie früher die Sklavenhalter über ihre Sklaven und die Fürsten über ihre Leibeigenen.

Deshalb wäre es seitens der IG-Metall-Führung möglich gewesen, diesen Streik mit dem Streik der Metaller in Baden-Württemberg zu verbinden. Und wenn dann an einem Tag 30.000 oder 40.000 Streikende nach Nürnberg gefahren wären und gesagt hätten: Wir streiken jetzt gemeinsam und wenn das nicht reicht, dann streiken demnächst 300.000 oder 400.000 Metaller in ganz Deutschland, für ihre Löhne und für den Erhalt Eurer Arbeitsplätze in Nürnberg und für andere bedrohte Werke, dann wäre zu dem wirtschaftlichen Druck auf die Eigentümer von AEG plötzlich auch ein riesiger politischer Druck dazu gekommen.

Und dieser politische Druck lässt sich noch steigern. Eine Belegschaft kann den Kampf gewinnen, wenn die Frage über den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu der Frage über den Erhalt von Arbeitsplätzen generell ausgeweitet wird. Damit wird aus dem Kampf um ein Werk auch ein politischer Kampf. Wer die Folgen der Profitgier stoppen will, muss das Profitsystem in Frage stellen. Man stelle sich vor, die IG-Metall hätte im Kampf um AEG-Nürnberg öffentlich erklärt: „Ziel der IG-Metall ist die Demokratisierung der Wirtschaft.“ So steht es nämlich in ihrer Satzung. Wenn die IG-Metall-Sprecher weiter gesagt hätten: „Wir meinen, es ist undemokratisch, dass eine handvoll Kapitaleigner bei AEG über das Schicksal von 1750 Menschen und ihren Familien entscheiden können. Demokratisch wäre es, wenn die Beschäftigten selbst über die Zukunft des Werkes bestimmen würden. Die Beschäftigten, die



Solidaritätsdemonstration von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am 20. Februar in Nürnberg

seit Jahren und Jahrzehnten das Werk und die Produktion am Laufen gehalten haben.“

Mit diesem Argument hätte man nicht nur die Tore von außen blockieren, sondern das Werk durch Besetzung in Besitz nehmen können. Und auf dieser Grundlage hätte man eine Diskussion in der Gesellschaft darüber anstoßen können, wer eigentlich entscheiden soll, was und wie produziert wird. Konkret für das Werk Nürnberg hätte man die Forderung aufstellen können, das Werk in gesellschaftliches Eigentum zu überführen und die Produktion in eigener Regie fortzuführen.

Im nächsten Schritt hätte man einen Plan für eine alternative Produktion erarbeiten können. Falls es Überkapazitäten bei Waschmaschinen gibt, dann könnte man die Produktion schließlich auch umstellen, zum Beispiel auf Produkte im Bereich Energieeinsparung oder Umweltschutz. Mit diesem Programm und diesem Vorgehen hätte man auf der riesigen Unterstützung in der Bevölkerung aufbauen können.

Man muss endlich aufhören, die Logik des Profitsystems zu akzeptieren, nur dann kommt man nicht zu faulen Kompromissen, die letztlich nicht viel mehr sind als ein Gnadensbrot, sondern zu Lösungen, bei denen Arbeitsplätze und Einkommen erhalten bleiben.

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

m ... **weitere Informationen über die SAV**

m ... **Mitglied der SAV werden**

Name, Telefon

Adresse

**Infos:
030 - 24723802**

Sozialistische Alternative - SAV
Littenstraße 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802
Fax: (030) 24723804
Email: info@sav-online.de

VISdP: A.Amm, c/o SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin